

Keine Stellenstreichungen! SCHLUSS mit der Kürzungspolitik!

Angesichts eines Haushaltslochs von 150 Millionen Euro in der Rostocker Stadtkasse verlangt jetzt das Schweriner Innenministerium ein gnadenloses „Kürzungsprogramm“ in Rostock. In den nächsten fünf Jahren sollen die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen werden. Da sich das strukturelle Defizit auf knapp 100 Millionen Euro beläuft, muss die Stadt diese Summe entweder zusätzlich einnehmen oder 100 Millionen zusammenkürzen. Ein Stopp der Schulsanierung am Goethegymnasium ist da erst der Anfang...

Mögliche Folgen der Haushaltssperre und Kürzungen:

► Entlassungswelle und Arbeitsplatzvernichtung

Schon in den letzten Jahren beschloss die Mehrheit der Bürgerschaft den Abbau von 700 Stellen im öffentlichen Dienst. Nun sollen weitere hunderte folgen. Jede weitere Arbeitsplatzvernichtung bringt neue Arbeitslose und weniger Jobs für die Jugend.

► Stopp bei der Schulsanierung

Auch wenn SPD, CDU, FDP und Bündnis 90 im Rathaus nicht müde werden, zu betonen, wie wichtig ihnen Bildung und „die Jugend“ sind – am Beispiel der Schulsanierung sieht man die Verlogenheit. Immer wieder waren andere Dinge wichtiger: Millionen für IGA, Olympiabewerbung oder Umgestaltung des Dobiplatzes. Dem neuen Kürzungspaket wird die Schulsanierung erneut zum Opfer fallen.

► Ausverkauf durch weitere Privatisierungen

Wurden in den vergangenen Jahren Filetstücke wie der Rostocker Hafen verscherbelt, stehen nun die städtischen Immobilien auf der Liste. Es wird nicht lange dauern, dann sind die Städtstadtklinik oder die WIRO dran. Die Folgen sind bei allen Privatisierungen dieselben: Verschlechterung der Versorgung oder des Services für die Kunden und der Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen. Gesellschaftliches Eigentum steht einmal mehr unter privatem Einfluss und die Einnahmequelle für die Stadt ist weg!

► Massive Kürzungen bei Theater, Kultur und sozialen Vereinen:

Schon jetzt müssen die Vereine jährliche Senkungen der Zuschüsse verkraften. Wenn die Mehrheit der Bürgerschaft 100 Millionen zusammenkürzen will, dann wird das der Todesstoß für Soziales und Kultur!

Warum sind die Kassen leer?

Wer hat hier über seine Verhältnisse gelebt?

„Es wird keiner in Zukunft mehr bekommen, sondern alle werden weniger bekommen“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rathaus, Kay-Uwe Nissen gegenüber dem Warnow-Kurier (WK, 29. Juni 05). Und als Grund dafür gab er die einfache und simple Antwort: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“ ... Das kennen wir schon. Die Bevölkerung soll den Gürtel enger schnallen für Fehler, die sie nicht zu verantworten hat.



Methling – Keiner von uns!

Der Oberbürgermeister Methling spricht von „schmerzhaften Prozessen“, die der Bevölkerung bevorstehen und entpuppt sich als gnadenloser „neoliberaler“ Vollstrecker der Haushaltskürzungen. Das Vertrauen vieler WählerInnen, er würde eine andere Politik als sein Amtsvorgänger Pöker machen, wurde schnell enttäuscht.

Haushaltsmisere – hausgemacht

Heute sitzt die Stadt Rostock – und damit die Bevölkerung – auf über 20 Millionen IGA-Schulden. Dieses IGA-Desaster haben die etablierten Parteien im Rathaus zu verantworten! Sie wussten schon vor der IGA-Eröffnung, dass Millionen fehlen, doch bis heute warten wir vergebens auf eine öffentliche Untersuchung und darauf, dass die Verantwortlichen herangezogen werden! Auch die 3,8 Millionen-Bürgschaft für den PSV genehmigte die Mehrheit im Rathaus, ohne über den Hintergrund der Krise im Verein Aufklärung zu verlangen oder im Vorfeld die Entscheidungen dort zu kontrollieren. Der PSV hat inzwischen Insolvenz angemeldet. Ein weiteres Beispiel für die unverantwortliche Politik der Etablierten ist der Verkauf der Rostocker Hafens. Hier entschied die Stadt, zehn Millionen für den Rückkauf von Hafenflächen auszugeben – eine Summe, die dem Verkaufspreis der gesamten Umschlagsgesellschaft entsprach. Somit war der SHR de facto verschenkt worden.

Die Politik der Mehrheit im Rostocker Rathaus hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Bevölkerung, doch die Hauptschuld an der Finanzmisere der Kommunen liegt bei der Bundes- und Landesregierung.

Ausbluten der Kommunen durch Bund & Länder

In den letzten Jahren wurden die städtischen Kassen immer weiter ausgeleert zugunsten von Unternehmen und Superreichen. Schon unter Kohl erfolgte die Abschaffung der Gewerbesteuer, einer wichtigen Finanzquelle der Kommunen. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sinken, denn es gibt gerade für große Konzerne reichlich Schlupflöcher. Und solange die Städte und Gemeinden sich gegenseitig gemäß der Standortlogik Konkurrenz machen, können sie noch nicht einmal die Gewerbesteuern erhöhen. Außerdem müssen die Kommunen einen Teil der Einnahmen aus der Gewerbesteuer an Bund und Länder abgeben.

SAV **Sozialistische
Alternative**

☎ 0381 – 499 65 90
www.sozialismus.info
rostock@sav-online.de

V.i.S.d.P.: C. Lehnert, c/o SAV, Dierkower Damm 38d, 18146 Rostock

Bund und Land stopfen so ihre Finanzlöcher mit dem Geld der Gemeinden. Einen Ausgleich – Reformen bei der Steuerabschreibung – hatte man den Kommunen zwar versprochen, dann aber wieder gekippt. Betrug das Haushaltsdefizit der deutschen Städte und Gemeinden 2001 noch vier Milliarden Euro, so lag es 2004 schon bei zehn Milliarden Euro!

Auch die Gelder vom Land sinken. In diesem Jahr erhalten die Kommunen in MV 60 Millionen weniger an Zuweisungen durch die SPD/PDS-Landesregierung. Auf eine entsprechende Aufgabenreduzierung warten die Kommunen vergeblich. Statt dessen kommen neue Ausgaben durch die Umsetzung von HARTZ IV und das KiFög auf die Stadt zu.

Wir fordern:

- **Keine weiteren Kürzungen! Keinen Stellenabbau!**
- **Keine weiteren Privatisierungen!**
- **Statt 20 Millionen für Zinszahlungen an die Banken – Geld für Schulsanierung und Soziales!**
- **Kampf für mehr Gelder von Land und Bund!**
- **Schaffung von Arbeitsplätzen – statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit durch ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt und Kultur!**

Geld ist genug da – nur in den falschen Händen!

Das Problem der öffentlichen Haushalte sind nicht die Ausgaben: Die Ausgaben haben sich, gemessen am Bruttosozialprodukt, in den letzten 25 Jahren nicht erhöht. Das Problem sind die Einnahmen. Wenn die Steuergeschenke zugunsten von Daimler, Sie-

mens, Bayer, Vodafone, Telekom und den Millionären in diesem Lande zurückgenommen würden, wären viele Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Diese Steuerschlupflöcher müssen gestrichen, die Zinszahlungen an die Banken müssen eingestellt werden. Viele dieser Forderungen sind auf kommunaler Ebene nicht machbar. Deshalb ist es notwendig, einen gemeinsamen Kampf aller Betroffenen zu führen.

Wir fordern:

- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer und die Schließung von Steuerschlupflöchern!**
- **Drastische Erhöhung des Spitzensteuersatzes!**

Marktwirtschaft hat versagt – Kapitalismus abschaffen!

Gewinne werden privatisiert – Verluste „sozialisiert“: das alles ist der normale Alltag im Kapitalismus. Solange die Verhältnisse nicht grundlegend geändert werden, wird sich an diesem Grundprinzip nichts ändern. Deshalb treten wir auch für die Überwindung des Kapitalismus ein. Die Macht von den Banken und Konzernen muss gebrochen werden – und die großen Kapitalgesellschaften in öffentliches Eigentum überführt werden. Erst dann haben wir auch die Verfügung über den immensen Reichtum.

Linkspartei WASG aufbauen

Damit wir dies erreichen, müssen wir uns zusammen schließen. Die Kapitalisten haben ihre Vertreter, wir brauchen unsere! Die SAV beteiligt sich am Aufbau der Linkspartei WASG, damit eine starke Arbeiterpartei entsteht, die sich kompromisslos für die Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentner einsetzt. Wir rufen alle auf: Mach mit bei der WASG!

„Gemeinsamer Kampf ist nötig!

Angesichts der massiven Kürzungen müssen sich ALLE gemeinsam wehren: Beschäftigte, die jetzt von Entlassungen bedroht sind zusammen mit den Gewerkschaften und Erwerbslosen; Schüler, Eltern und Lehrer, die seit Jahren für die Schulsanierung aktiv sind; Betroffene vom Volkstheater und den Kultur- und Sozialvereinen, ...

Nur zusammen können wir diesen Angriff stoppen!

Ich schlage deshalb vor, dass die Gewerkschaften hier in Rostock, als ersten Schritt zu einer gemeinsamen Demonstration aufrufen und zu einer Konferenz einladen, um über den weiteren Kampf gegen den anstehenden Kahlschlag zu beraten. Hierbei müssen auch Alternativen zu den Lügen der Etablierten aufgezeigt werden.

Geld ist genügend vorhanden, konzentriert sich aber bei der reichen Minderheit der Gesellschaft. Wir müssen heute aktiv werden gegen den Wahnsinn des Kapitalismus; deshalb unterstützte ich auch den Aufbau der neuen Linkspartei WASG. Als Sozialistin vertrete ich die Auffassung, dass solange die Macht in den Händen der Großkonzerne liegt, keines der großen Probleme gelöst werden kann. Deshalb kämpfe ich mit der SAV für eine demokratische und sozialistische Welt.“



Christine Lehnert,
Abgeordnete in der
Rostocker Bürgerschaft

Alle reden vom Kapitalismus – wir tun was dagegen!

Die Sozialistische Alternative (SAV) organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Der Kapitalismus regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen.

Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Treffen der SAV Rostock: jeden Dienstag, 19 Uhr im „DeTe 64“, Am Kabutzenhof 20 a
(Haltestelle: Am Kabutzenhof/zum Strande runter)

weitere Infos: 0381 – 499 65 90

www.sozialismus.de